

Kosovo Force 2023: Flagge zeigen in der Zeitenwende

Mit der Zeitenwende haben auch die Spannungen auf dem Westbalkan eine größere geopolitische Bedeutung erhalten. Russland und seine Anhänger in der Region wollen die europäische Assoziierungspolitik als schwach erscheinen lassen und politische Ressourcen des Westens in Südosteuropa binden. Revanchistische Kräfte vor Ort nutzen dies und testen, wie weit sie die Lage zu ihren Gunsten eskalieren können. In Kosovo fordern sie insbesondere die Vermittlungspolitik der EU heraus. Die Beteiligung der Bundeswehr an der Kosovo Force (KFOR) bleibt deshalb ein wichtiger deutscher Beitrag zum wirksamen internationalen Krisenengagement. Eine starke KFOR schreckt gewalttätige Eskalationen ab und ist im Ernstfall in der Lage, robust zu reagieren.

| Mandat, Aufstellung und deutscher Beitrag zu KFOR

Der zentrale Auftrag der NATO-geführten KFOR ist es, ein sicheres Umfeld und die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung Kosovos zu gewährleisten. Völkerrechtliche Grundlage ist die UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999. Die Truppenstärke liegt bei 3.760 Soldaten und Soldatinnen aus 23 NATO- und vier Nicht-NATO-Staaten ([Stand](#) Oktober 2022). Größte Truppensteller sind Italien (715), die USA (561), Ungarn (469), die Türkei (350), Polen (247) und Österreich (244). Aus der direkten Nachbarschaft stellt Kroatien 147 Kräfte. KFOR steht unter dem Befehl des italienischen Generalmajors Angelo Michele Ristuccia.

Gegenwärtig sind rund 70 Angehörige der Bundeswehr dauerhaft im KFOR-Hauptquartier, in der Aufklärung, der Einsatzunterstützung sowie der Beratung der lokalen *Kosovo Security Force* im Einsatz. Die [Mandatsverlängerung](#) sieht vor, die Obergrenze von 400 Einsatzkräften unverändert beizubehalten. Das veranschlagte Budget liegt mit €6,1 Millionen unter den €7 Millionen des Vorjahres.

| Die Vereinbarung von Ohrid

Bei einem Gipfeltreffen am 18. März 2023 im mazedonischen Ohrid einigten sich Kosovos Ministerpräsident Albin Kurti und Serbiens Präsident Aleksandar Vučić unter Vermittlung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und seines Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák auf ein „[Abkommen](#) über den Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien“ und den [Umsetzungsanhang](#).

Die Einigung umfasst die gegenseitige Anerkennung der hoheitlichen Dokumente und der territorialen Integrität. Verzichtet wird auf den Anspruch, den jeweils anderen international zu repräsentieren oder den Beitritt zu internationalen Organisationen zu behindern; beide werden Ständige Vertretungen austauschen. Der serbischen Gemeinschaft im Kosovo wird ein angemessenes „*self-management*“ gewährleistet. Das politische Endziel bleibt weiterhin ein umfassendes, bindendes [Grundsatzabkommen](#).

Seit März 2011 vermittelt die EU den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina. Nach dem 2013 erzielten „[Brüsseler Abkommen](#)“ geriet der Prozess ins Stocken, als Kosovos [Verfassungsgericht](#) den damals vereinbarten Verband serbischer Mehrheitsgemeinden für teilweise verfassungswidrig erklärte. Der seit 2021 amtierende Ministerpräsident Kurti galt lange Zeit als ein strikter Gegner einer Neuauflage dieses Verbands. Belgrads Politik im Norden Kosovos und die Sezessionsdrohungen Milorad Dodiks in Bosnien und Herzegowina haben den Bedenken weiter Vorschub geleistet, er könne als eine [Republika Srpska 2.0](#) zum dauerhaften Vehikel Belgrads werden, Kosovos Staatlichkeit zu untergraben.

Stattdessen setzte Ministerpräsident Kurti auf die schrittweise Einführung der gesetzlichen Regelungen im Norden Kosovos, der weiterhin von serbischen Parallelstrukturen geprägt ist. Als im November 2022

der Gebrauch der offiziellen Kfz-Schilder durchgesetzt werden sollte, verließen fast alle Kosovo-Serben die Polizei und die anderen staatlichen Institutionen. Die kosovarische Regierung entsandte nun Polizeikräfte aus anderen Landesteilen in den Norden. Daraufhin errichteten Kosovo-Serben Straßensperren, an denen auch Angehörige radikaler Gruppen wie der russischen „[Nachtwölfe](#)“ gesichtet wurden.

Belgrad reagierte – nicht zum ersten Mal – mit einer militärischen Drohkulisse an Kosovos Grenzen, indem es seine Truppen mobilisierte und grenznahe Flugmanöver unternahm. Demonstrativ besuchte Serbiens Verteidigungsminister die Truppen mit dem russischen Botschafter. Erst zum Jahreswechsel konnten die Barrikaden infolge der Vermittlungsbemühungen von EU und USA geräumt werden.

Die fortgesetzten Anzeichen, dass Moskau den Westbalkan destabilisiert, führten insgesamt zu einem intensiveren westlichen Engagement. So unterstützte der US-Sondergesandte Gabriel Escobar die Bemühungen Lajčáks, mit politischem Druck und Anreizen neuen Schwung in den Dialog zu bringen. Deutschland und Frankreich lancierten einen ersten [Vorschlag](#) für das nun geschlossene Abkommen.

| Zwei Lesarten: Durchbruch oder Finte?

Als Erster entschloss sich Premierminister Kurti zu einer politischen Kehrtwende. Nicht nur, dass er dem überarbeiteten Vorschlag zustimmte – er erklärte auch seine Bereitschaft, das Abkommen direkt zu unterschreiben. Damit brachte er Serbiens Präsident Vučić in die Bredouille, der seine Unterschrift kategorisch verweigerte. Während die EU das Abkommen als entscheidenden Durchbruch preist, lässt die politische Rhetorik beider Länder nach dem Gipfel Zweifel daran aufkommen. Sie ist auf der höchsten politischen Ebene weiterhin sehr konfrontativ, von gegenseitigen Anschuldigungen geprägt und wenig auf die Umsetzung des Abkommens ausgerichtet.

Hierzu gibt es zwei Lesarten. Die optimistische sieht darin den Versuch, der vorher auf Kompromisslosigkeit eingestimmten „Heimatfront“ gegenüber nicht das Gesicht zu verlieren, die Umsetzung aber dennoch zu betreiben. Die pessimistische vermutet, die Zustimmung sei einzig taktischer Natur gewesen und es ginge nun beiden Politikern darum, das geplante Scheitern dem jeweils anderen anzulasten.

Die Taten sprechen ihre eigene Sprache. Während Kurti vor allem bei der nötigen Ausgestaltung des Gemeindeverbands die Füße still hält, erklärte Vučić, er werde nur Teile des Abkommens umsetzen. Sichtbar wurde dies bereits zwei Mal: Zum einen rief er im April zum Boykott der vorgezogenen Lokalwahlen im Norden Kosovos auf, die aufgrund des Rückzug der Kosovo-Serben im Vorjahr nötig wurden. Zum anderen betrieb Belgrad erneut eine Kampagne gegen Kosovos Antrag, dem Europarat beizutreten, und stimmte am 25. April in dessen Ministerrat (erfolglos) dagegen. Daraufhin kündigte Vučić einen außenpolitischen [Kurswechsel Serbiens](#) an, der nichts Gutes verheißt. Bis auf weiteres gilt es aber, die Kontrahenten beim in Ohrid gegebenen Wort zu nehmen.

| Fazit: Bereitschaft für den Ernstfall

Die Lage im Norden Kosovos bleibt gespannt, das politische Umfeld unübersichtlich und weniger berechenbar. Auf die optimistische Lesart darf sich die internationale Stabilisierungspolitik nicht verlassen. Angesichts der Zeitenwende und ihres Auslösers ist es sogar wichtiger als bisher, dass KFOR weiterhin glaubwürdig präsent ist, Ängste beruhigt, Eskalationen abschreckt und im Ernstfall in der Lage ist, robust zu reagieren. Die Beteiligung der Bundeswehr ist nicht nur operativ, sondern auch als politisches Signal eines wichtigen Mitgliedsstaats der EU von größter Bedeutung.

Über das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) sekundiert Deutschland zudem 8 zivile Kräfte in die EU-Rechtsstaatsmission EULEX und 2 in die OSZE-Mission im Kosovo (Stand April 2023).